Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 12 / 5948**

12. Wahlperiode **26. 01. 2001**

Kleine Anfrage

des Abg. Norbert Zeller SPD

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt und Verkehr

B 12 neu-Umfahrung des heilklimatischen Kurorts Isny

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchem Planungsstand befindet sich derzeit die geplante Umgehung der B 12 im Bereich Isny, und weshalb konnte bislang der Planfeststellungsbeschluss noch nicht beantragt werden?

2. Was will die Landesregierung unternehmen, den Planfeststellungsbeschluss für die B 12 neu-Umfahrung Isny baldmöglichst zu bekommen und damit Zusagen des früheren Verkehrsministers einzulösen?

26. 01. 2001

Zeller SPD

Begründung

Seit über zehn Jahren steht das Linienbestimmungsverfahren fest und liegt das Umweltverträglichkeitsgutachten für die B 12 vor. Im Jahr 1992 hat der Gemeinderat von Isny der jetzt vorliegenden Trasse zugestimmt. Seit vielen Jahren wird die Stadt Isny von Quartal zu Quartal vertröstet und immer mit der Hoffnung hingehalten, dass der Planfeststellungsbeschluss erfolgt. Kein anderer heilklimatischer Kurort in Baden-Württemberg muss tagtäglich tausende von Schwerlastfahrzeugen, welche die Innenstadt durchfahren, ertragen. Die innerstädtische Entwicklungsmöglichkeit ist mit seit vielen Jahrzehnten blockiert. Immer mehr leer stehende Wohnungen zeugen von diesem Missstand.

Eingegangen: 26. 01. 2001 / Ausgegeben: 01. 03. 2001

Altehrwürdige, mittelalterliche Bausubstanz, vor allem der Blaserturm als Wahrzeichen von Isny im Allgäu, werden durch den Moloch-Schwerlastverkehr stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die noch verbliebenen Anwohner und Geschäftsleute, die Urlaubsgäste und Kinder sind extremen Gefahren und gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt.

Isny hat einen Marktplatz, doch dieser hat lediglich statistischen Wert, da dort keine Aktivitäten stattfinden können; Lärm und Dieselgestank verhindern jegliches kommunikatives Leben. Das Liegenschaftsamt der Stadt Isny hat die Grundstücksverhandlungen mit den Eignern für die B 12 neu abgeschlossen.

Antwort

Mit Schreiben vom 19. Februar 2001 Nr. 64–39–B 12 OU Isny/35 beantwortet das Ministerium für Umwelt und Verkehr die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Auf Grund der seinerzeitigen Einwendungen – insbesondere der Träger der diakonischen Einrichtungen – in dem erstmals im Oktober 1991 eingeleiteten Planfeststellungsverfahren und auf Wunsch der Stadt Isny wurde die ursprüngliche, abgestimmte Linienführung im Frühjahr 1993 nochmals geändert und eine komplett neue Planung erstellt.

Die in der Folge neu erstellten und genehmigten Pläne wurden in einem neuen Planfeststellungsverfahren vom Januar bis Februar 1999 öffentlich ausgelegt. Auf Grund der dann eingegangenen und beim Anhörungstermin im Oktober 2000 nochmals erörterten Einwendungen mussten jedoch so umfangreiche Planänderungen vorgenommen werden, dass die Planunterlagen in diesem Frühjahr abermals ausgelegt werden müssen. Mit dem Planfeststellungsbeschluss ist deshalb erst nach der Sommerpause zu rechnen.

Zu 2.:

Das Regierungspräsidium Tübingen ist gehalten, alles zu tun, damit baldmöglichst das Planfeststellungsverfahren abschlussreif wird und die Planfeststellungsbehörde den Planfeststellungsbeschluss erlassen kann. Die Zusage des früheren Verkehrsministers bezog sich auf eine zügige Einleitung des Planfeststellungsverfahrens. Diese Zusage ist eingehalten. Die Dauer des Verfahrens hängt von Art und Menge der Einwendungen ab. Die Dauer kann daher allenfalls abgeschätzt, aber nicht zugesagt werden.

Im Übrigen ist darauf aufmerksam zu machen, dass 62 % aller planfestgestellten Bundesfernstraßenprojekte Deutschlands in Baden-Württemberg liegen. Dies belegt die umfangreiche Planungstätigkeit des Landes, welche pauschal von den Oppositionsfraktionen des Landes als viel zu umfangreich kritisiert wird. In jedem Einzelfall aber wird nach anhaltendem hohen Planungstempo verlangt – so auch in vorliegendem Fall. Das entscheidende Problem des Bundesfernstraßenbaus ist aber nicht der Mangel an Plänen, sondern der massive Mangel an Geld.

Ulrich Müller

Minister für Umwelt und Verkehr